

# DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

## DEUTSCHLAND

### BONN

#### KOALITIONSKRISE

#### Schrecklicher Vormittag

Ein Tag vor Christi Himmelfahrt gab die Große Koalition ihren Geist auf.

Erbittert wie einst, als die Sozialdemokraten noch auf der Oppositionsbank saßen, hackten Schwarze und Rote letzten Mittwoch in Parlament und Kabinett aufeinander los. Es ging um den Nervus rerum der Nation, die Deutsche Mark, deren Aufwertung die Christen in der Regierung gegen den Widerstand von SPD-Wirtschaftsminister Schiller verhindert hatten.

Ein explosives Gemisch aus Wahlkampf und Währungsfrage hatte das von Anbeginn widernatürliche Regierungsbündnis auseinandergetrieben. Die CDU, Interessenverband von Großkapital, Kleingewerbe und Bauern, stoppte Schillers Wirtschaftspolitik in dem Augenblick, da sie den Wünschen der Unions-Klientel zuwiderlief.

Jetzt sah sogar der eifrigste Promoter der Großen Koalition, Herbert Wehner, seine SPD Schaden daran nehmen. Der SPD-Vize brüllte am Kabinettsitz: „Das ist ja eine schöne Arbeitsteilung. Wir machen die Dreckarbeit, und Sie halten staatsmännische Reden.“

So als hätte es nie einen bindenden Kabinettschluß gegen eine Aufwertung der Mark gegeben, ließen Minister im Bundestags-Plenum vor aller Öffentlichkeit jede Koalitionsdisziplin fahren. Die Schwarzen verdächtigen die Roten, leichtfertig den Wert der Mark zu manipulieren; die Roten beschuldigen die Schwarzen der Preistreiberei.

SPD-Wirtschaftsminister Schiller revoltierte offen gegen Kiesingers „ewiges“ Aufwertungs-Veto. Die Diskussion sei „noch nicht abgeschlossen“. Denn: „Die Absicherung über eine Aufwertung ist das beste Mittel, um die importierte Inflation für die Zukunft zu verhindern.“

CSU-Finanzminister Strauß wies den Kollegen und Rivalen zurecht: Es sei „schlechthin falsch“, einen Zusammenhang zwischen Aufwertung und Preisstabilität herstellen zu wollen. Schillers „für Wahlkampfzwecke gedachte Formel“ sei nicht „redlich“.

Schärfer noch warnte der Finanzminister vor Schillers „Pseudo-Zusammenhängen, falschen Kausalitäten und höchst trügerischen Prognosen“.

Wenig später saßen die regierenden Gegner im Kabinettsaal des Palais Schaumburg beieinander. Vom offenen Streit seiner Regierungsmannschaft im Bundestag verstört, seufzte Kanzler Kiesinger: „Das war ja ein schrecklicher Vormittag, so ein schrecklicher Vormittag.“ Inständig bat er seine Minister, die Polemik einzustellen und die „Zusammenarbeit bis zum Ende fortzusetzen“.

Doch der Kampf ging weiter. Schiller: „Dann möchte ich doch bitten, daß auch der Kollege seine Polemik einstellt.“ Kollege Strauß: „Wer hat denn hier angefangen zu polemisieren? Das war doch der Herr Schiller.“

Vergebens beschwor Kiesinger die Runde: „Wir wollen hier doch keine Vergangenheitsbewältigung betreiben.“

Allzuviel Koalitionsärger hatte sich schon aufgestaut: über die Lohnfortzahlung an kranke Arbeiter, über die private Werbekampagne von CSU-Emissären in Amerika gegen den Atomsperrvertrag, über die Anwendung der Hallstein-Doktrin gegen DDR-Anerkennung (siehe Seite 29) und nun auch über die Währungs- und Wirtschaftspolitik.

Mit der Aufwertung der Deutschen Mark hatte SPD-Ökonom Schiller seine bisher unternehmerfreundliche Politik mit einem Programm für Sparer, Arbeitnehmer und Verbraucher ergänzen wollen. Wenn die Regierung nicht schleunigst den Kurs der Mark ändere, so hatte der Wirtschaftsminister gewarnt, könne sie kaum verhindern, daß sich die deutschen Preise an die internationale Inflation anpassen (siehe Interview Seite 52).

Schon jetzt verknappt der schärfste Export-Sog seit dem Korea-Krieg das inländische Warenangebot und reißt die deutschen Preise mit nach oben. Im März gingen bei der deutschen Industrie 51 Prozent mehr Auslandsaufträge für Verbrauchsgüter ein als im gleichen Vorjahrsmonat.

Denn die noch stabilen Preise im Inland (Verteuerung deutscher Industrieprodukte: derzeit 0,6 Prozent) und die Inflation bei Deutschlands wichtigsten Handelspartnern (Preisaufrtrieb in Frankreich zehn, in Holland 7,5 Prozent) machen die Bundesrepublik zum Cash-and-carry-Markt der ganzen Welt.

Der deutschen Exportindustrie (Jahresumsatz: 100 Milliarden Mark) kann die unterbewertete Mark nur recht sein. Der falsche Kurs schützt die Industrie vor unerwünschter Aus-



Gegner Schiller, Kiesinger: „Rin, und dann Brinkmanship“

landskonkurrenz sowohl im Inland als auch auf den Auslandsmärkten.

Folgerichtig drängelten sich auf Kiesingers Besuchercouch die Chef-Lobbyisten der deutschen Exportindustrie, allen voran Deutsch-Bankier Hermann Josef Abs, den seine Aufsichtsratsmandate mit Auto-, Chemie- und Stahlindustrie verbinden. Ihm assistierten Daimler-Benz-Direktor Hanns Martin Schleyer, Bosch-Chef Hans Merkle und Industrieverbandsführer und Bettenfabrikant Fritz Berg.

Das Industriequartett, das von Schillers Aufschwung-Programm profitiert hatte (Anstieg der Unternehmensgewinne 1968: 17,6 Prozent), bestärkte den Wirtschaftslaien Kiesinger in seinem Widerwillen gegen die Aufwertung. Es blockierte damit den zweiten Teil der Schillerschen Wirtschaftspolitik.

Danach sollten nun nachträglich auch die Arbeitnehmer — auf Kosten der Unternehmensgewinne — durch höhere Löhne am Wirtschaftsaufschwung beteiligt werden. Damit die Unternehmer nicht im gleichen Takt die Preise erhöhten, wollte Schiller sie durch die Aufwertung unter Konkurrenzdruck halten.

Die Aufwertung aber gefiel der CDU auch deshalb nicht, weil sie befürchtete, ein höherer Mark-Kurs werde ihre bäuerlichen Wähler schädigen und — so Kiesingers Angst — die Landwirte zur NPD treiben.

Vom Wahlinteresse her konnte keiner der beiden Partner der Großen Koalition Kompromisse eingehen. Wenn der Senior-Partner den Junior majorisieren wollte, schien den Sozialdemokraten logischerweise kein anderes Mittel zu bleiben, als das ungleiche Regierungsbündnis aufzukündigen. Deprimiert versammelten sich die sozialdemokratischen Minister am Freitag vorletzter Woche zwei Stunden vor der entscheidenden Kabinettsitzung, in der die CDU die Aufwertung verhindern wollte, im Erich-Ollenhauer-Haus zu Bonn.

Schiller klagte den Genossen: „Ich werde doch völlig unglaubwürdig und verliere mein Gesicht.“ Parteistrategie Wehner und Wahltaktiker Wischniewski, der Bundesgeschäftsführer der SPD, schätzten diesen persönlichen Verlust gering.

Schwerer wog für sie das wahlwirksame Gütesiegel der Regierungsfähigkeit — notfalls bis zum bitteren Ende. „Unsere ganze Wahlpropaganda ist doch darauf abgestellt, daß wir mit Schiller in der Regierung sitzen“, mahnte Wischniewski, „wenn wir jetzt wegen Schiller rausgehen, dann kriegen wir doch kein Bein mehr auf die Erde.“

Herbert Wehner, auch über den Wahltag hinaus auf Große Koalition programmiert, wollte das Lebenswerk nicht an ihm suspekten Wirtschaftsformeln des ungeliebten, wenn auch unentbehrlichen Ökonomeprofessors scheitern lassen. Das Thema Aufwertung sei in den Augen der Bevölkerung kein ausreichender Grund zur Kündigung der Koalition.

Überdies bot sich den ratlosen Genossen keine Regierungs-Alternative.

Sondierungen auf unterer Parteiebene mit der FDP hatten ergeben, daß die Freidemokraten vor den Bundestagswahlen weder mit der CDU/CSU noch mit der SPD eine kleine Ersatzkoalition eingehen würden. Parteichef Brandt: „Das bestätigte mir meine Einschätzung der Lage.“

Vorsichtshalber schoben die Chefgenossen dem unglücklichen Schiller



Koalitions-Vater Wehner  
„Wir machen die Dreckarbeit“

die alleinige Verantwortung für die Folgen eines möglichen Koalitions-Eklats zu. Als der Wirtschaftsminister faktvoll einräumte: „Ihr braucht auf mich keine Rücksicht zu nehmen“, nagelte ihn Brandt mit einer pro forma abgegebenen Solidaritätserklärung fest: „Nein, wenn du rausgehst, gehen wir mit.“

In Kiesingers Küchenkabinett, dem Kressbrunner Kreis, leitete der Regierungschef die Niederlage des Wirtschaftsministers ein. Man brauche in der für denselben Nachmittag einberufenen Kabinettsitzung gar nicht erst über Schillers Aufwertungs-Antrag abzustimmen, da er angesichts der geschlossenen Unionsfront doch nicht durchkomme.

Verzweifelt kämpfte Schiller gegen den Kabinetts-Souverän an: „Herr Bundeskanzler, Sie können doch wenigstens darüber abstimmen lassen, daß nicht abgestimmt wird.“ Kiesinger bat um Einsicht: „Das wäre eine offene Konfrontation und würde die Koalitionsfrage auf.“

Hinter Schillers Rücken schlossen die besorgten Ziehväter des Koalitions-Kretins einen Beistandspakt. Kiesinger und Wehner verabredeten, die leidige Abstimmung auf keinen Fall zu riskieren und den Schiller-Plan in aller Stille zu beerdigen. Der Kanzler dankbar: „Wehner hat eine sehr hilfreiche Rolle gespielt.“

Kiesinger honorierte das Gentlemen's Agreement nicht. Hämischnestelte der Schwabe in der abschließenden Kabinettsitzung ein angegilbtes Papier aus der Tasche, das Schillers

Parteifreund, Versicherungs-Boß Alex Möller, im November letzten Jahres verfaßt hatte, als die Koalition sich noch einig war, die Mark nicht aufzuwerten. Genüßlich verlas er Möllers Argumente. Schiller wütend: „Das war geschmacklos vom Kanzler.“

Konkurrent Strauß, dessen mißverständliche Aufwertungs-Dementis zum allgemeinen Währungs-Tohuwabohu auch noch die internationale Devisenspekulation ins Land gelockt hatten (bis zu jenem Freitagabend war der deutsche Gold- und Devisenbestand um 16 auf 46 Milliarden Mark geklettert), versetzte dem arglosen Schiller den Eselstritt. Er präsentierte ein fertiges Alternativprogramm, dessen Kernstück, eine Erhöhung der Exportsteuer von vier auf sechs Prozent und die Einführung der Devisenzwangswirtschaft zur Abwehr der Spekulation, er im Ernst nie verwirklichen wollte.

Der durchs nackte Nein zur Aufwertung gedemütigte Schiller floh aufs Land. In Bonn hinterließ er die Drohung, er werde zurücktreten, falls der Bayer mit seiner Devisenkontrolle Ernst mache.

Auf dem Gutshof Nölle-Wying im westfälischen Leckingsen (Schiller: „Mein Colombey-les-Deux-Eglises“) sann er über die vertrackte Lage des Karl Schiller nach. Die Führer der Christen-Union, CDU-Chef Kiesinger und CSU-Chef Strauß, hatten nicht nur ihren Anhang aus Industrie, Gewerbe und Nährstand befriedigt, sondern schienen zugleich auch den Matador der Sozialdemokraten in eine allseitige Zwickmühle hineinmännövriert zu haben:

- ▷ Träte er allein zurück, so hätte die SPD ihre Wahllokomotive eingebüßt;
- ▷ erklärten sich die übrigen SPD-Minister mit ihm solidarisch, so hätte er allein das politische Risiko eines SPD-Reinfalls bei der Bundestagswahl zu tragen;
- ▷ bliebe er im Kabinett und folgte Straußens heimtückischem Rat zum Dirigismus, so würde ihn die CDU bei der Industrie alsbald als Planwirtschaftler verpfeifen;
- ▷ folgte er dem Strauß-Rat nicht, so würden ihm die zu erwartenden Preissteigerungen, die er mit der Aufwertung hatte verhindern wollen, angelastet.

Wie immer er sich entschied, in jedem Falle drohte ihm das Odium des Verlierers.

Ein Anruf aus Bonn störte vorletzten Sonntag des Professors Meditationen über die Vergänglichkeit des Ruhms. SPD-Vater Brandt übte Telefonseelsorge: Wie es denn um Schiller stehe? Der Minister beschied den Frager: „Das ist doch allein meine Angelegenheit.“ Den Vizekanzler schauderte vor einem bankrotten Kabinett Kiesinger ohne Schiller: „Nein, ich habe auch keine Lust zurückzubleiben in einer Art Erhard-Regierung.“

Schiller-Killer Kiesinger frohlockte in Bonn: „Die Position des Kanzlers ist im Augenblick stärker als je zuvor.“ Als am vorletzten Sonntag der von seinen ausländischen Kollegen im Basler Notenbankklub bedrängte Bundesbank-Chef Karl Blessing den Kanzler telephonisch informierte, der britische Schatzkanzler Roy Jenkins verlange von Bonn Ersatz der durch Straußens Schwatzhaffigkeit entstandenen Kosten für die Pfundstützung, reagierte der deutsche Regierungschef barsch: „Sagen Sie dem Herrn Minister ‚No, Sir.‘“

Eine Weile spielte Kiesinger sogar mit dem Gedanken, dem widerborstigen Wirtschaftsminister zuvorzukommen und Schiller zu entlassen. Dann besann er sich auf seine „paradoxe Situation“ als Chef von zwei annähernd gleichstarken Regierungspartnern. Vertrauten erläuterte er die Binsenwahrheit: „Ich kann keinen Ressortchef der anderen Partei ablösen, ohne eine Koalitionskrise zu riskieren.“

Wehmütig wies der Kanzler aus dem Fenster seines Amtszimmers in den Schaumburg-Park und gedachte besserer Zeiten: „Da draußen steht die Platane, unter der wir die Mifrifi beschlossen haben. Das war noch ein großer Erfolg.“

Am Montag letzter Woche war dem Kabinettschef vollends klageworden, daß auch sein Schicksal an die Große Koalition gefesselt ist. Drei Dringlichkeitsanfragen der FDP-Opposition zur Währungsfrage drohten die Koalition im Bundestag zu spalten. Damit die Fragen nicht in falsche Hände gerieten, wollte der Regierungschef die Beantwortung dem Finanzminister Strauß übertragen. Von Beratern mußte er sich belehren lassen, das heikle Geschäft falle allein in die Zuständigkeit des Wirtschaftsministers. Und der war weg.

Kanzleramts-Staatssekretär Karl Carstens erhielt Fahndungsauftrag. In Colombey bei Iserlohn trieb er den Gesuchten auf. Schiller möge die Fra-

## Unser Hartmacher.



**SPD** Die beste Zukunft, die Sie wählen können

SPD-Anzeigen-Entwurf  
Neues Schiller-Epos

Günter Gaus

## WÄHRUNGSPOLITIK ALS GEFÜHLSAUFSCHWUNG

Das Lehrstück ist noch nicht zu Ende. Dem westdeutschen Publikum wird es geboten werden — denn was läßt es sich nicht alles bieten —, den nun unausweichlichen Anstieg der Preise demnächst als Folge der Währungspolitik Karl Schillers dargestellt zu bekommen. Eine solche Lesart der jüngsten Bonner Unzulänglichkeiten ist zwar der blanke Unsinn; zwar war es Schiller, der mit einer Aufwertung das Geld stabilisieren wollte; zwar waren es die Christlichen Demokraten und ihre nicht nur ratspendenden Finanziers, die eine „Anpassungsinflation“ (wie harmlos gesagt) ins Land holten. Aber muß das die Unionsparteien davon abhalten, das Gegenteil zu behaupten? Schließlich wird in einigen Monaten gewählt. Die Stimmen, die man fängt: sie fragen ja nicht.

Wahlkampf, es ist wahr, hat mit der artigen Politik, wie sie in der Gemeinschaftskunde erläutert wird, wenig gemein. Aber es ist kein knabenhaftes Unverständnis für das harte Geschäft, Mehrheiten zu gewinnen und zu behaupten, wenn man meint, dem Zynismus im politischen Handeln sollten Grenzen gesetzt sein. Die CDU/CSU jedoch hat — wieder einmal — die Grenzenlosigkeit ihres Talents bewiesen, Politik mit der Unmündigkeit ihrer Wähler besser als mit jeder anderen Eigenschaft machen zu können.

Aufwertung oder Abwertung: das ist für Kiesingers Parlamentarier nur der Unterschied einer Vorsilbe; also für ein uninformiertes Wählervolk eine so kleine Differenz, daß man getrost auf die Angstgefühle der inflationsgeschädigten Deutschen bauen kann. Eilfertige Umfragen erhärten den Mangel an Unterscheidungsvermögen — und dieser Mangel ist im christlichen Regierungslager dann eben nicht Grund genug, Informationslücken (etwa mit Hilfe des sonst so geölten Presseamts-Apparats) zu schließen, sondern ist der Freibrief für den Appell an die Emotion: Schiller greift nach dem Geld. So wird sie betrieben, die christlich-wirtschaftliche Herrschaftsausübung zu Bonn.

Gefühle. Ängste ebenso wie hoffnungsvolle Erwartungen, bestimmen nicht nur in diesem Lande und hierzulande nicht nur bei den Wählern der Union weithin das politische Verhalten. Aber niemand reitet so andauernd auf dem Wogenkamm möglichst vieler unklarer Emotionen wie Kiesinger und Strauß. Nicht genug damit, Angst zu erzeugen, wenn von Aufwertung die Rede ist. In kräftigen Dosen — und sie werden in den kommenden Monaten noch stärker werden — wird beigelegt der angenehme

Eindruck, daß die Verweigerung des derzeit einzig vernünftigen Schritts in der Währungsfrage böseartigen Spekulanten endlich einmal das Handwerk gelegt hat. Millio-nengewinne — sie sind nicht gemacht worden, so rechtfertigen sich die Wortführer der Unionsparteien. Gerade deutlich genug, um nicht allzu deutlich wiedererkannt zu werden, zeichnet man die Schemen internationaler Börsen-Jobber an die Vorurteilswände, von denen wir umstellt sind.

Und schließlich läßt sich auch noch das deutsche Selbstgefühl schmeicheln, denn nicht aufgewertet hat man ja auch, um dem Ausland nahzulegen, erst einmal im eigenen Haus Ordnung zu schaffen. Währungspolitik als Welterziehung — Bonn blieb es vorbehalten. Kein Manöver an den deutschen Börsen vor zwei Wochen ist zu vergleichen mit der christlich-demokratischen Spekulation auf die Dummheit der westdeutschen Wähler.

Freilich heißt es die CDU/CSU unterschätzen, wenn man annimmt, sie habe mit ihrem Festhalten am Wechselkurs der Deutschen Mark ihren Wählern nur einen politischen Gefühlsaufschwung ermöglichen wollen. Die Spitzenkräfte der Union haben es noch stets verstanden, ihre Volkspartei als das Sammelbecken aller Gruppen der Gesellschaft zu dekorieren. Die Unlust an der Politik, die mangelnde Bereitschaft, politische Informationen (zum Beispiel über die Notwendigkeit einer Aufwertung) an die Stelle gefühleriger Unklarheiten zu setzen — dies alles hat die dauerhafte Etablierung der Union als Volkspartei neuen Typs ermöglicht: Die Austragung von Gegensätzen, diese lästige Notwendigkeit jeder vernunftbezogenen Politik, konnte den Bürgern als überflüssig erscheinen, wenn doch alle in der christlich-demokratischen Volksgemeinschaft ihren Platz fanden. Der harte Kern direkter Interessenvertretung, den die CDU/CSU immer gehabt und gehegt hat, blieb so zumeist kleid-sam verhüllt.

Nur dann und wann tritt er zutage: Die Großindustrie hat in den vergangenen zwei Wochen ihren Sachwalter in der Union gehabt. Auf die angenehmste Weise ließ sich diese Interessenswahrung auch noch damit verbinden, unter den bäuerlichen Wählern das Vertrauen darauf zu stärken, daß die subventionierte Unvernunft der bisherigen CDU-Agrarpolitik fortgesetzt werden würde. Man hätte es erkennen können: wenn nicht Kiesingers und Straußens Appell an die Emotionen den Blick darauf verstellten hätten.

# „ES KOMMT EINEM SKANDAL NAHE“

Pressestimmen zur Nichtaufwertung der Mark

## LE FIGARO

Bundeskanzler Kiesinger hat sich schließlich für die Beibehaltung der Parität der D-Mark entschieden. Am Rubikon der Aufwertung angekommen, hat er nach einer Formel, die nicht neu ist, beschlossen, lieber beim Angeln zu verweilen als den Fluß zu überschreiten. Die Geschichte wiederholt sich, ohne daß es möglich ist zu sagen, ob man sie als Farce oder Tragödie bezeichnen soll. Es ist sehr ernst, daß eine dritte Krise wie der Keim im Ei in den vorausgegangenen enthalten zu sein scheint... Die D-Mark hat nichts von ihrer Anziehungskraft verloren. Wenn dies zutrifft, ist es nicht ausgeschlossen, daß der Herbst 1969 genauso fürchterlich werden wird wie das Frühjahr und der Herbst des letzten Jahres.

## Neue Zürcher Zeitung

Man kommt nicht darum herum, die Bonner Entscheidung als in hohem Maße fragwürdig zu bezeichnen. Was sich am 9. Mai im Palais Schaumburg zugetragen hat, war offensichtlich eine in Wahlkampfstimmung sich austragende Kraftprobe innerhalb der Koalition der CDU/CSU und SPD — und dies in einer Sachfrage, die von größter Tragweite ist und die infolgedessen besser rational als vermeintlich wahlpolitisch entschieden worden wäre.

## Handelsblatt

Selbst um den Preis eines schweren Koalitionszerwürfnisses oder gar eines Koalitionsbruches blieb die Bundesregierung in der Währungsfrage völlig handlungsunfähig. Bonn bot... dem eigenen Volk und dem gespannt abwartenden Ausland ein jammervolles Bild.

## Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Pulverrauch von dem Rohrkrepierer am letzten Freitag wird noch lange in der Luft hängen. Gewiß, die Bundesregierung hat entschieden: keine Aufwertung. Aber Zweifel bestehen weiter. Besonders im Ausland wird man, bei allem Verständnis für die innenpolitische Situation und die durch die bevorstehende Bundestagswahl getrübbte Vernunft, diese Fehlentscheidung nicht so rasch vergessen. Erst recht werden wir im Inland die Folgen zu spüren bekommen, wenn jetzt der Atem der Konjunktur noch heißer

wird und die Preise stärker zu steigen beginnen.

## TIME

Die Deutschen haben jetzt Charles de Gaulle kopiert, indem sie eine Zusammenarbeit in Währungsfragen durch engstirnigen Nationalismus ersetzen. Das letzte Mal, als diese Politik, den Nachbarn an den Bettelstab zu bringen, üblich war, trug sie gewaltig zur schlimmsten wirtschaftlichen Flaute dieses Jahrhunderts bei.

## DAGENS NYHETER.

Durch seine tolpatschige Behandlung dieser Frage hat Bonn ein Paradebeispiel für ein schlechtes Auftreten von jemandem gegeben, der die Macht hat und einen großen Teil der Verantwortung für die Funktionstauglichkeit des internationalen Währungssystems trägt.

## THE TIMES

Zweifellos hat die Bundesregierung Fehler gemacht, und es ging ihr ebenso sehr wie anderen Regierungen um ihre eigenen Interessen und Verhandlungspositionen. Aber es muß verstanden werden, daß Deutschland ein natürliches und völlig legitimes nationales Interesse hat... Eine Aufwertung der D-Mark ist bei der deutschen Bevölkerung in einem Wahljahr ebenso unpopulär wie eine Abwertung es in Frankreich oder Großbritannien wäre.

## POLITIKEN

Es kommt einem internationalen Skandal nahe, daß Westdeutschland es nach wie vor ablehnt, seinen Verpflichtungen als extreme Gläubiger-Nation gerecht zu werden, und an dem Wert der Mark festhält, obgleich die Hauptursache, ja, die alleinige Ursache der heutigen internationalen Währungskrise ein falscher deutscher Wechselkurs ist.

## Le Monde

Ist es nicht bezeichnend, daß genau 24 Jahre nach dem Waffenstillstand von 1945 dieselben, die dem besiegten Deutschland eine bedingungslose Kapitulation auferlegten, sich nun vor die Tatsache gestellt sehen, daß Deutschland die monetäre Feueereinstellung verweigert?

gen beantworten, aber seinen Text mit Strauß absprechen.

Die Dienstanweisung aus dem Kanzleramt erheuerte nebst Schiller auch seine drei Staatssekretäre, die er zur Lagebesprechung nach Leckingsen befohlen hatte. Den Herren war sogleich aufgegeben, welche Rehabilitierungs-Chance der Chef haben werde, wenn er die zu erwartenden mündlichen Zusatzfragen der FDP und seiner eigenen Leute von Strauß unzensiert beantworten könne.

Die Runde ersann eine Taktik, mit der Schiller doch noch aus der CDU/CSU-Umzingelung ausbrechen könne. Schiller: „Rin in den Bundestag, und dann Brinkmanship\*.“

Dieweil ließ Kiesinger seinen persönlichen Referenten Hans Neusel stündlich bei der Bundesbank nachfragen, wieviel heißes Spekulationsgeld seit der Freitag-Entscheidung wieder aus der Bundesrepublik abgeflossen sei. Am Montag waren es 2,6 Milliarden Mark. Kiesinger triumphierte: „Na sehen Sie, das heiße Geld fließt ab.“

In Wahrheit hatten die Spekulanten nur jenes Geld zurückgezogen, das sie zu Wochenanfang für die Deckung kurzfristiger Geschäfte dringend brauchten. Rund 80 Prozent des heißen Geldes blieben in Deutschland und warten weiterhin auf die nach aller wirtschaftlichen Vernunft unvermeidliche Aufwertung.

Profit aus Kursicherungsgeschäften machten bisher allein die Banken, deren Chefsprecher Abs beim Kanzler die Aufwertung verhindert hatte. Der Vorstand der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft, Walter Hesselbach: „Die Gewinne sind im internationalen Bankennetz hängengeblieben.“

Zur Beratung der von Strauß angekündigten Ersatzmaßnahmen erschien Schiller am Dienstag mit einer Stunde Verspätung im Wirtschaftskabinett. Die SPD-Fraktion hatte ihm zuvor für den Zusammenstoß mit der CDU stärkere Rückendeckung versprochen als die Wahlstrategen der SPD-Baracke am Wochenende zuvor. Schiller über seine Hinterbänkler: „Die hatten mehr Mumm in den Knochen.“

Im Wirtschaftskabinett hofierte Kiesinger den Spätheimkehrer auf das freundlichste. An die Einführung der Devisenzwangswirtschaft — die für Schiller der „objektive Grund für einen Rücktritt“ gewesen wäre — sei nun nicht mehr zu denken: „Sie sehen, Herr Kollege, wir kommen Ihnen entgegen.“

Schiller aber, der sich von seiner Niederlage allmählich erholt hatte, suchte die Auseinandersetzung. Er fragte Strauß scheinheilig, wie es denn mit der Erhöhung der Exportsteuer stehe, die er in der neuen Strauß-Vorlage auch nicht mehr hatte finden können. Der Strauß vom Dienstag distanzierte sich vom Freitags-Strauß: „Dann hätten wir ja auch aufwerten können.“

\* Eine von dem verstorbenen US-Außenminister John Foster Dulles entwickelte Diplomatie hart am Bande eines Krieges.

Schiller mokierte sich: „Strauß hat seine Vorschläge fallenlassen wie eine heiße Pellkartoffel im Dunkeln.“

In der Tat: Das Wirtschaftskabinettt fand keine überzeugende Alternative zu Schillers Aufwertung. Die Minister ließen es bei ein bißchen Spekulationsbekämpfung, ein bißchen Etatsperre und ein bißchen Schuldentilgung bewenden.

Angesichts dieser ökonomischen Bankrotterklärung der CDU rappelte sich der geduckte Schiller am letzten Mittwoch in Parlament und Kabinettt wieder hoch. Seine Sozialdemokraten dichteten bereits ein neues Schiller-Epos: Hätte man den Wirtschafts-Heros nur machen lassen, dann würde es nicht zu Preissteigerungen kommen; komme es aber zu Preissteigerungen, so sei allein die CDU/CSU daran schuld, weil sie ihm ins Handwerk gepfuscht habe.

So haben die Risse in der Mark die Risse in der Großen Koalition offenbar gemacht. Schiller: „Die Kitter vom Dienst gehen wieder um und suchen noch ein paar gemeinsame Dinge zu finden.“

Sie werden suchen, und sie werden nicht finden.

## HALLSTEIN-DOKTRIN

### Bißchen mitverwalten

Am Kabinetttisch schob Außenminister Brandt dem Kanzler einen Telegrammtext zu, in dem der Bonner Botschafter in Kambodscha „zur sofortigen Berichterstattung gebeten“ wurde.

Kiesinger zweifelte: „Ich weiß nicht, ob das nötig ist, aber wenn Sie meinen?“ Darauf Brandt: „Damit ist ja noch keine politische Entscheidung gefällt.“ Und beide wandten sich, am Mittwoch vorletzter Woche, wieder dem Währungs-Debakel zu.

So beiläufig war Bonnns erste Reaktion auf die Nachricht, daß Kambodschas Staatschef Prinz Norodom Sihanouk die DDR anerkannt habe und mit ihr Botschafter austauschen werde. Die Bundesregierung schien bereit, ohne viel Aufhebens ein über 14 Jahre durchgehaltenes Dogma westdeutscher Außenpolitik endgültig zu begraben: die Hallstein-Doktrin, nach der außer der Sowjet-Union kein Land mit beiden deutschen Staaten gleichzeitig volle diplomatische Beziehungen unterhalten dürfe.

Bereits zweimal jedoch hatte Bonn Ausnahmen von der Doktrin zugelassen: Es entsandte Botschafter nach Rumänien und Jugoslawien — beide erkennen die DDR an — und half sich mit der Begründung, kommunistische Staaten seien Sonderfälle. Im Irak, der Anfang dieses Monats Beziehungen zu Ost-Berlin aufnahm, saß ohnehin kein Bonner Botschafter.

Im Fall Kambodscha gab es solche Hintertüren nicht, aber Willy Brandts Außenbeamte hatten schnell errechnet, daß ein Abbruch der Beziehungen unsinnig und für Bonn geradezu verhängnisvoll sein würde.

Weitere Staaten in ähnlicher Situation, so die AA-Denker, könnten dem

Beispiel Kambodschas bald folgen, etwa Laos, Burma und sogar Indien. Da Bonn aber mit Indien keinesfalls brechen werde, könne es nicht das kleine Kambodscha vor den Kopf stoßen.

Die AA-Beamten formulierten, was seit je die entscheidende Schwäche der Hallstein-Doktrin war: „Holen wir überall die Flagge ein, wo die DDR sie aufzieht, dann bestimmt schließlich nur noch die DDR, wo Bonn Diplomaten hat. Dann haben wir den totalen Zusammenbruch unserer Vertretungen in der Dritten Welt.“

Repressalien aber, die weniger drastisch seien als der Abbruch der diplomatischen Beziehungen — etwa die Einstellung von Entwicklungshilfe —, könnten allenfalls auf solche Länder abschreckend wirken, für die Bonns Hilfe entscheidend ist. Das trifft nur auf wenige Staaten zu; Kambodscha beispielsweise sind derzeit nur 15 Millionen Mark zugesagt.



Zurückgerufener Botschafter Eick  
Warten im Hofgarten

AA-Fazit über die Folgen eines Festhaltens an der Hallstein-Doktrin: „Wir erstarren in Formalismus.“

Als Rückzugsposition empfehlen Brandts Analytiker ein Minimal-Programm: Die Verbündeten der Bundesrepublik sollen die DDR möglichst nicht anerkennen; Staaten, die Beziehungen zu Ost-Berlin aufnehmen, sollen jedenfalls wissen, daß Bonn darin keinen freundlichen Akt sieht und sich vorbehält, von Fall zu Fall seine Reaktion neu zu überdenken.

Die realistische Einschätzung des Auswärtigen Amts wurde vom CSU-Chef Strauß geteilt; er nannte den Abbruch der Beziehungen zu Kambodscha öffentlich eine „Torheit“. Ein Brandt-Beamter: „Erstens geht es ihn nichts an, zweitens hat er recht.“

Kiesinger jedoch, ständig unter dem Druck der Strauß-Rivalität, ging entgegen seinem ersten Kommentar vom vorletzten Mittwoch nun doch auf harten Kurs. Schon am Montag vergangener Woche kehrte er vor Besuchern dem eisernen Kanzler heraus: „Wir

müssen auf diese Sache hart reagieren.“ Ein Brandt-Vertrauter urteilte: „Der will, wie in der Aufwertungsfrage, aus innenpolitischen Gründen den Abbruch und als der starke Mann in den Wahlkampf gehen.“

Als die Hallstein-Doktrin offenkundig am Ende war, wollte Kiesinger endlich „einen Anfang machen“ und „ein Beispiel setzen“.

Hilfe kam ihm von den unentwegten Alleinvertretern in der Christenfraktion. CDU-MdB Johann Baptist Gradl focht im Unions-Arbeitskreis „Außenpolitik, Verteidigung und Gesamtdeutsche Fragen“ für den unverzüglichen Abbruch der Beziehungen zu Kambodscha.

Der Arbeitskreis empfahl dennoch, die diplomatischen Beziehungen nur dann abzubauen, wenn Kambodscha nach der Anerkennung tatsächlich auch einen Botschafter nach Ost-Berlin entsende. Diesen Strohhalm ergriff dann auch die CDU/CSU-Fraktion.

Tags darauf stand Kambodscha auf der Tagesordnung des Kabinetts, und die Koalitionspartner prallten frontal aufeinander. Kiesinger und seine Mannschaft plädierten für Abbruch der Beziehungen, Strauß sagte nichts, und Schiller fragte beschwörend: „Wollen wir denn wieder das jugoslawische Modell von 1957 anfangen?“ Damals hatte Bonn seinen Botschafter aus Belgrad abberufen, als Tito die DDR anerkannte.

Kiesinger versuchte, mit dem gleichen Trick wie ein paar Tage zuvor bei der Aufwertungs-Debatte seinen Standpunkt durchzusetzen: „Ich stelle fest: Es ist die Mehrheit für Abbruch.“ Brandt protestierte: „Ich bin gegen teiliger Meinung und bitte, das zu Protokoll zu nehmen.“

In diesem Augenblick wurde ein Zettel in den Kabinettsaal gereicht mit der Nachricht, der außenpolitische Ausschuß des Bundestags werde sich mit der Sache befassen. Kiesinger ergriff die Gelegenheit zu einem Rückzieher: „Wir können die Herren vom Ausschuß nicht präjudizieren.“

So beschloß das Kabinettt, die diplomatischen Beziehungen nicht abzubauen, sondern lediglich den Botschafter „definitiv“ abzurufen und sich weitere Aktionen vorzubehalten.

Bonner Hoffnung, so CDU/CSU-Fraktionsprecher Eduard Ackermann: „Es gibt da gewisse Chancen, daß die Kambodschaner ihren Botschafter in Paris damit beauftragen, da so ein bißchen mitzuverwalten, und damit ist die Sache dann wahrscheinlich für uns vorbei.“

Für diesen Fall plant Willy Brandt, dem Bonner Botschafter in Indonesien eine ähnliche Fernsteuerung für Kambodscha aufzutragen.

Der zurückberufene Botschafter Hans Joachim Eick, der in Kambodschas Hauptstadt Pnom Penh nur neun Tage amtiert hatte, wartet derzeit im Bonner Parkhotel Hofgarten auf seine Möbel. Sie schwimmen noch auf einem französischen Frachter in Richtung Kambodscha, wo sie am 9. Juni eintreffen sollen.